

Momentum: 11 :: 27.-30.Oktober 2011
Gleichheit :: Track #8: Feministische Strategien
Sonja Ablinger, Carina Altreiter, Barbara Hofmann

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück?
Frauenpolitische Herausforderungen im 21. Jahrhundert

"Die Menschen haben zweitausend Jahre gebraucht, um die Schreckensbotschaft 'all men are equal' in ihren Konsequenzen auch nur zu erahnen. Noch nicht einmal eine historische Sekunde lang, nämlich zwei Jahrzehnte, beginnt ihnen die noch völlig unabsehbare Katastrophe zu dämmern: 'and women are equal too!'" (Beck/ Beck-Gernsheim 1990, 23)

1. Einleitung

Schritte vorwärts.....

Die Frauenbewegung war und ist eine der erfolgreichsten Sozialbewegungen des letzten Jahrhunderts. Den Beginn markierte die erfolgreiche Durchsetzung des Frauenwahlrechts und des Rechts sich politisch zu organisieren. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwachte die „neue“ oder die „zweite“ Frauenbewegung, in deren Zentrum der Slogan „Das Private ist politisch“ stand. Zentraler Gedanke war, dass beinahe alles, was Frauen individuell als schwierig, als einschränkend oder hindernd empfanden, ihren Ausgang in gesellschaftlichen Strukturen fand und findet. Was bislang als „Privatangelegenheit“ galt, begannen Frauen nun öffentlich zu diskutieren und in Frage zu stellen. Im Fokus standen die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, die Frauen ökonomisch benachteiligten und in wirtschaftliche Abhängigkeit zwangen. Eben diese wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen wurde als Rahmen erkannt, in dem Diskriminierung und Gewalt gedeihen kann. Unterschiedlichste Forderungen, Initiativen, Einrichtungen und Netzwerke entstanden. Getragen waren sie vom Anspruch auf Ermächtigung und Eigenständigkeit der Frauen. Eine feministische Gegenkultur erstritt autonome Frauenräume, weil Frauen einen Raum, durchaus im doppelten Wortsinn, erhalten sollten, in dem sie unabhängig und ohne männlich-patriarchale Einflussnahme denken und reden, in dem sie diskutieren und handeln konnten.

In den 1980er Jahren entstanden auch in Österreich „Frauenräume“, wie Frauenhäuser und Frauenberatungszentren, darüber hinaus wuchs eine große Zahl an Frauennetzwerken und feministischen Projekten. Viele Themen, welche die Frauenbewegung aufgeworfen hatte, wurden „institutionalisiert“, zum Beispiel in Form von Frauenbeauftragten oder der Verankerung von Frauenforschung an den Universitäten. Mit Ausnahme des Kampfes um die Legalisierung der Abtreibung hat die neue Frauenbewegung in Österreich zwar nie eine Massenbasis erreicht, aber sie beeinflusste die Politik dieser Zeit. Die großen gesellschaftspolitischen Reformen, die entscheidende Auswirkungen auf das Leben von Frauen hatten, wären ohne sie so nicht möglich gewesen, wie Johanna Dohnal, die Doyenne der österreichischen Frauenpolitik, im Rahmen einer Veranstaltung zum Frauentag im Jahre

2007 darlegte. Meilensteine der Frauenpolitik in Österreich sind unter anderem die Einführung der Individualbesteuerung, die Fristenregelung, die Familienrechtsreform, der Unterhaltsvorschuss für Alleinerzieherinnen, die Errichtung von Frauenberatungsstellen in den Regionen oder das Gewaltschutzgesetz. Die Reformpolitik in den 1970er und 80er Jahren in Österreich hat entscheidend zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zum Selbstbewusstsein von Frauen beigetragen. Geprägt war der Frauenaufbruch in Österreich auch von der oben zitierten ersten österreichischen Staatssekretärin und Frauenministerin Johanna Dohnal, die in ihrer Politik auf breite Bündnisse mit Frauen über Parteigrenzen hinweg gesetzt hat. Anschaulichstes Beispiel dafür war das Anfang der 1990er Jahre verabschiedete Gleichbehandlungspaket, ein umfassender arbeits- und sozialrechtlicher Maßnahmenkatalog (vgl. Mairhofer 1999). Die strukturelle Diskriminierung (wie der Zusammenhang von Mutterschaft, Teilzeitarbeit und Altersarmut) wurde erstmals ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt und zum Thema gemacht. Das gelang, weil sich Frauen über die Parteigrenzen hinweg für eine ungewöhnliche, aber sehr wirksame Bündnisarbeit entschieden.

....und zurück.

Viele dieser Fortschritte wurden auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft erkämpft, sie blieben jedoch nicht unwidersprochen und wurden oft mit Rückschritten in anderen Bereichen pariert. 100 Jahre nachdem in Österreich am ersten Weltfrauentag zwanzigtausend Frauen für ihre Rechte demonstrierten, sind sie in vielen Belangen männlichen Mitbürgern nicht gleichgestellt. Einkommensschere, Gläserne Decke, häusliche und strukturelle Gewalt – sind nur einige Schlagwörter, die die Ungleichheit auch in entsprechenden Zahlen verdeutlichen. Der Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft verläuft also nicht linear, hinzu kommen kontinuierliche gesellschaftliche Veränderungen, die uns vor neue Herausforderungen stellen. Im Beitrag sollen vor diesem Hintergrund aktuelle Entwicklungstendenzen skizziert werden. Wir beschränken uns dabei auf drei Kontexte, an welchen unseres Erachtens wichtige gesellschaftliche Transformationsprozesse sichtbar werden. Erstens geht es um die Lebensentwürfe der aktuellen Generation junger Frauen, zweitens um die Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und drittens um die Rolle des Wohlfahrtsstaates vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise. Den Blick haben wir dabei auf Österreich gerichtet. Davon ausgehend sollen abschließend zukünftige (frauen-)politische Handlungsfelder und Herausforderungen diskutiert werden.

2. Junge Frauen und eine Kultur der Gleichheit

Die Frauenbewegung hat nicht nur das Bild der Welt von Frauen, sondern auch die Welt für Frauen verändert. Junge Frauen führen ein anderes Leben als ihre Großmütter und Mütter. Dass Frauen heute die Mehrheit bei den StudienanfängerInnen und bei den Uni-AbsolventInnen (Erstabschlüssen) stellen, ist nur ein Beispiel dafür. Auch im Bewusstsein der Frauen haben die Ziele der Frauenbewegung ihren Widerhall gefunden: die überwiegende Mehrheit der Frauen sieht die finanzielle Unabhängigkeit als eine ihrer wichtigsten Gründe für Erwerbstätigkeit.¹ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Gleichberechtigung insgesamt stehen als Thema Nummer eins auf der politischen Tagesordnung der weiblichen Bevölkerung (vgl. Picker/Zeglovits 2004; SPOÖ Frauen 2008).

¹ In der deutschen Brigitte-Studie (2009) wurden Frauen zwischen 17 und 19 sowie 27 und 29 Jahren befragt. Dreiviertel der Frauen geben an, dass Beruf und Arbeit für sie wichtig bzw. sehr wichtig sind. Noch größere Bedeutung hat finanzielle Unabhängigkeit, 87% der befragten Frauen gaben an, dass diese für sie wichtig bzw. sehr wichtig sei.

Die Lebensentwürfe junger Frauen sind Bestandteil zahlreicher wissenschaftlicher Auseinandersetzungen.² Geteilt wird darin die Einschätzung, dass die aktuelle Generation junger Frauen – vor dem Hintergrund der Erfolge der Frauenbewegung – mit großer Selbstverständlichkeit Gleichheit für sich beanspruchten. Sie nehmen sich in ihrer Lebensgestaltung als selbstbestimmt wahr und sind überzeugt davon, „dass sie selbst es sind, die alleine oder gemeinsam mit ihrem Partner die wichtigen Entscheidungen über ihren weiteren Lebensweg treffen, ohne dabei von normativ-geschlechtstypischen Erwartungen maßgeblich bestimmt zu werden“ (Wetterer 2003, 304). In der Familie, aber auch in Bildungsinstitutionen wird ein Bild von Gleichheit suggeriert, welches von einer öffentlichen Gleichheitsrhetorik ergänzt wird. Holland-Cunz spricht von einer „Kultur bzw. Ideologie der Gleichheit“ (ebd. 2003, 222), in der junge Menschen heute aufwachsen. Je länger junge Menschen im Ausbildungssystem verortet sind, umso mehr prägt sich das Gleichheitsideal als Leitbild in die Lebensvorstellungen ein. Verbunden damit ist die subjektive Vorstellung, dass sie alle gleich sind und die Diskriminierung von Frauen weitgehend der Vergangenheit angehört. Dieser subjektive Eindruck, alles machen und haben zu können, ohne durch Geschlecht oder Herkunft gehindert zu sein, steht im starken Kontrast zu einer Realität, die nach wie vor von Benachteiligung und geschlechterspezifischen Differenzierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen geprägt ist. Ungleiche Entlohnung, geringe Aufstiegschancen, Sexismus, ungerechte Verteilung der Versorgungs- und Hausarbeit sind nur einige Ausprägungen davon (vgl. u.a. AK Frauenmonitor 2011). Die Wahrnehmung von Diskriminierung stellt sich bei vielen jungen Frauen erst beim Verlassen der Bildungsinstitutionen ein. Zwei biographische Schwellen sind dabei entscheidend: Zum einen ist das der Eintritt in die Arbeitswelt, zum anderen die Familiengründung. Birgit Geissler und Mechthild Oechsle (2000) sprechen hier von einer „Re-Traditionalisierung“ der Lebensverläufe von Frauen.

Geschlechtsspezifische Diskriminierungen und Ungleichheiten sind also in der Realität nicht verschwunden, auf subjektiver Ebene aber weniger unmittelbar erfahrbar geworden. Dadurch verlieren sie aus der Sicht von jungen Frauen an Deutungskraft für die Erklärung der eigenen Lebenssituation, an ihre Stelle tritt eine individualistische Sicht von Chancen und Lebensentwürfen. Dieser individualisierte Blick auf die Welt macht glauben, Unterschiede zwischen Menschen entstehen durch persönliche Entscheidungen oder Dispositionen. Auch Ungleichheitserfahrungen erscheinen in dieser Perspektive als individuelles Erlebnis: man bekommt die Beförderung nicht, weil man nicht gut genug ist. „Aus individuellen Erlebnissen von Geschlechterdifferenz werden also im Zuge der Deutungshoheit des simplifizierten Individualisierungstheorems nicht (mehr) notwendigerweise kollektive Unrechts- und Ungleichheitserfahrungen. Die ehemals radikale Einsicht darin, dass das Politische auch privat sei, ist unter dem Einfluss dessen, was unter dem Stichwort 'Individualisierung' - (sideologie) verkürzend zusammengefasst werden kann, zu einer Privatisierung des Politischen mutiert“ (Villa 2003, 273f.). Im öffentlichen Diskurs ist diese Umdeutung von strukturellen Wirkungsmechanismen in individuelle Präferenzen ebenfalls zu beobachten. Die Tatsache, dass Frauen überwiegend geisteswissenschaftliche Studien wählen oder sich 48 Prozent der weiblichen Lehrlinge nur auf drei Lehrberufe konzentrieren (vgl. WKO Lehrlingsstatistik 2010) wird in dieser Weltsicht schnell als individuelle Vorlieben der jungen Frauen abgetan. Sie hätten es sich ja so ausgesucht und könnten ja auch anders entscheiden, wird dann oft behauptet. Aus dem Blick geraten dabei gesellschaftliche

² Lesenswerte Beiträge gibt es dazu von Barbara Holland-Cunz (2003), Mechthild Oechsle und Birgit Geissler (2000), Christine Thon (2008) oder Angelika Wetterer (2003), um an dieser Stelle nur einige zu nennen.

Strukturen, die bereits vor und im Bildungssystem wirken und einer Segregation im höheren Bildungswesen oder am Arbeitsmarkt vorgelagert sind.

Aber auch ein entsprechender Politikwechsel seit den 1990er Jahren stützt diese angesprochene Individualisierung: Zarte Pflänzchen emanzipatorischer Frauenpolitik wurden schrittweise durch christlich-konservative Familienpolitik ersetzt. Birgit Sauer beschreibt, dass in Österreich jeder frauenpolitische "Ausfallschritt" mit einem familienpolitischen Schritt pariert wurde (vgl. Sauer 2009, 43ff.) Dabei ging und geht es nicht um simple „Frau-zurück-an-den-Herd“ - Programme. Neokonservative Frauenpolitik richtet sich nicht prinzipiell gegen weibliche Erwerbstätigkeit oder Karriereabsichten, aber kosten soll es nichts und merken soll man(n) es nicht. Das Politische wird wieder ins Private gedrängt. Am Frühstückstisch oder durch selbstbewusstes Auftreten dem Vorgesetzten gegenüber soll ausgehandelt werden, was institutionell oder gesetzlich geregelt werden müsste. Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Mobilität, Berufsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bleiben dem individuellen Aushandlungsprozess oder der persönlichen „Wahlfreiheit“ überlassen. Das ist Geschlechtergerechtigkeit als „do-it-yourself - job“. Was der Politikwissenschaftler Wolfgang Fach ganz allgemein für das neoliberale Staatsverständnis festhält, gilt so ganz besonders für zeitgenössische Gleichstellungspolitik. Nämlich dass „'Errungenschaften' sich in 'Belastungen' verwandeln, alte Rechte schwinden und dafür neue (oder auch ganz alte) Pflichten (wieder) in Mode“ (Fach 2000, 112) kommen. Bis am Ende „Menschen mit fremder Hilfe zu *sich* kommen und auf *fremde* Hilfe verzichten wollen – eine 'eingeflüsterte' Emanzipation“ (ebd. 2000, 121).

Die Folge ist, dass viele Frauen versuchen, persönlich-private Lösungen für Probleme zu finden, die kaum individuell gelöst werden können (wie zum Beispiel Diskriminierung am Arbeitsplatz oder die ungleiche Verteilung von Hausarbeit). Ihre Ursachen liegen in einer kapitalistisch und patriarchal geprägten Gesellschaft. Um ihnen wirksam etwas entgegen setzen zu können, bedarf es kollektiver Antworten. Kollektive Verständigungsprozesse haben in der Frauenbewegung lange Tradition. In den Frauengruppen ging es vor allem darum, individuelle Probleme in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu überführen und daraus kollektive Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Entgegen der Privatisierung des Politischen muss es heute darum gehen, die politische und gesellschaftliche Dimension von individuellen Ungleichheitserfahrungen (wieder) ans Licht zu bringen.

3. Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit

Ein wesentliches Strukturierungsmerkmal des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Trennung von Öffentlich und Privat, von Produktion und Reproduktion. Verbunden damit ist eine gesellschaftliche Rollen- und Platzzuweisung an Männern und Frauen. Männer werden den prestigeträchtigen Bereichen der Öffentlichkeit und Erwerbssphäre, Frauen dem Privaten und dem unbezahlten Reproduktionsbereich zugeordnet. Kapitalismus und Patriarchat ergänzen und verbinden sich (Becker-Schmidt 2003, 16). Der Mann versorgt mit seinem Lohn die Familie, während die Frau sich um den Haushalt und die Kinder kümmert. Dieses Familienideal erreichte seinen Höhepunkt in der Nachkriegszeit. Ende der 1970er Jahre setzen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ein: Bildungsexpansion, steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, Veränderungen in der Arbeitswelt und die Erfolge der Frauenbewegungen haben in vielen Bereichen zu Veränderungen im Geschlechterarrangement geführt. Auf gesetzlicher Ebene wurde 1975 die patriarchale Ehe durch die partnerschaftliche Ehe ersetzt, verbunden mit gleichen Rechten und Pflichten für

Männer und Frauen.

Diese Veränderungen hatten aber kaum Auswirkungen auf die tatsächliche und bis dato bestehende Verteilung von Haus- und Versorgungsarbeiten, die fast ausschließlich von Frauen verrichtet wurde. Frauenministerin Helga Konrad nahm 1996 diese Situation zum Anlass, um eine Kampagne unter dem Titel „Ganze Männer machen Halbe/Halbe!“ zu starten, die diese Thematik ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen sollte. Weil Frauen den Großteil der Versorgungsarbeit in den Familien verrichten, so ihre Argumentation, sind sie ein Leben lang beruflich benachteiligt. Frauen werden als „unsichere“ Beschäftigte mit Familienpflichten in schlecht qualifizierte und schlecht bezahlte Teilzeitjobs gedrängt. Männer bleiben von unbezahlter Arbeit verschont und werden am Arbeitsmarkt auch noch bevorzugt. Diese Erkenntnisse mündeten in einem Gesetzesvorschlag. Partnerschaft bei Haus- und Familienarbeit wurde darin als gesetzliche Norm definiert. Frauen sollte das Recht auf Scheidung eingeräumt werden, wenn Ehemänner ihren Arbeitsanteil nicht erledigten (vgl. Steger-Mauerhofer 2007, 60ff). Das klang nach Angriff auf das häusliche Männer-Schonprogramm. In Leserbriefen diverser Zeitungen wurde Stimmung gemacht. Man(n) sprach von staatlich verordneter „Staubsaug- oder Abwaschkontrolle“ und „Regelungswahn“. Ein wichtiges Anliegen lächerlich machen, war immer schon eine wirksame Waffe (der Diskriminierung). Mit dem Regierungswechsel im Jänner 1997 wurde Helga Konrad abberufen und die Kampagne vorzeitig eingestellt. Und wie ist es heute? Studien zeigen, dass trotz steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen und veränderten Geschlechterrollen die ungleiche Verteilung reproduktiver Arbeit in den letzten Jahrzehnten - unabhängig von Herkunft, Alter, Milieu oder Formen des Zusammenlebens - unangetastet geblieben ist. Im aktuellen Frauenbericht des Bundeskanzleramts wird sichtbar, dass bereits in der Gruppe der 25- bis 29- jährigen Frauen mehr als ein Viertel der gesamten Wochenarbeitszeit für Haushaltsarbeiten aufgewendet wird, bei Männern sind es hingegen nur 10 Prozent (vgl. Mairhuber/Papouschek 2010, 436).

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass in Haushalten, in welchen beide berufstätig sind und es die finanzielle Lage erlaubt, vermehrt Haushaltshilfen zur Bewältigung der täglichen Haus- und Versorgungsarbeiten eingestellt werden. Die Anforderungen an Erwerbstätige steigen kontinuierlich, der Markt verlangt einen immer größeren und flexibleren Einsatz ihrer Beschäftigten. Gleichzeitig haben sich für Frauen, wie vorhin aufgezeigt wurde, die Anforderungen neben dem Beruf kaum verringert. Zu Hause wartet dann noch die Wäsche und das schmutzige Geschirr. Wenn der Partner keine Unterstützung ist, wird die Hausarbeit – zumindest teilweise – ausgelagert. Helma Lutz (2010) spricht von einem deutlichen Trend in der Mittelschicht, Hausarbeit oder Teile davon weiterzugeben. Damit das Budget nicht übermäßig belastet wird, werden kostengünstige Arbeitskräfte gesucht: in steigender Zahl sind dies Migrantinnen (vgl. ebd. 2010, 29). Auch in Österreich ist ein wachsender Bedarf an Haushaltsarbeiterinnen zu verzeichnen, 2002 waren laut Statistik Austria 13.500 Personen in privaten Haushalten unselbständig beschäftigt, davon sind 13.200 Frauen, 16,4 Prozent davon Migrantinnen (vgl. Maiz 2004, 16f.).³ Die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich sind oft denkbar schlecht, es gibt meist keine Arbeitsverträge, geringe Löhne und keinen Anspruch auf soziale Absicherung und arbeitsrechtlichen Schutz.

Das hat zwei Konsequenzen. Erstens wird damit die Auseinandersetzung um die Verteilung

³ Wobei zu vermuten ist, dass der Anteil der Migrantinnen unter den nicht legal in Haushalten Beschäftigten noch wesentlich höher ist.

reproduktiver Arbeiten nicht zwischen Männern und Frauen ausgefochten, sondern an Migrantinnen, als die „neuen Dienstmädchen“ des 21. Jahrhunderts, ausgelagert (vgl. Lutz 2007). Das ursprüngliche Problem, nämlich dass Männer wenige bis gar keine reproduktiven Tätigkeiten übernehmen, wird durch diese Entwicklung nur verlagert, aber nicht gelöst. Die Mehrarbeit wird nur entlang von Ethnizität verschoben, die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen als Gesamtes bleibt aber unberührt. Zweitens wird dadurch eine allgemeine gesellschaftliche Debatte über alternative Organisationsmöglichkeiten von Reproduktionsarbeit vom Tisch gewischt und die Zuständigkeit dafür an die Einzelnen verwiesen. All das entspricht einem neoliberalen Arrangement, das auf unangetasteten Geschlechterverhältnissen und Rollenzuweisungen basiert. Das gilt im Weltzusammenhang ebenso wie im nationalen Maßstab.

4. Wirtschaftskrise und Wohlfahrtsstaat

Ein dritter Kontext ist die Rolle des Staates in Verbindung mit Gleichberechtigung und Frauenpolitik. In den letzten Jahrzehnten ist ein stetiger Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung bzw. seiner Schutzfunktion zu verzeichnen. Die Privatisierung von öffentlichen Betrieben und Eigentum in den 1990er Jahren fand nach 2000 in der Schwarz-Blauen-Regierung ihren Höhepunkt und ist vor dem Hintergrund der Krise als Forderung in den Medien und in der politischen Diskussion wieder zu neuem Leben erwacht. Weil wir über unseren Verhältnissen gelebt haben, müsse nun an allen Ecken gespart und die Ausgaben des öffentlichen Sektors reduziert werden, tönt es aus den Wirtschaftsredaktionen konservativer Blätter. Insgesamt verstärkt die Finanz- und Wirtschaftskrise den Druck auf die öffentlichen Haushalte und ebnet den Pfad für Sozialabbau in ganz Europa. Regierungen legen Budgetpläne vor, die vor allem auf Einsparungen bei wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben setzen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zum Schluss, dass „die Krise und die schlechte staatliche Finanzlage in allen Staaten als Auslöser und Rechtfertigung dienen, sozial- staatliche Kürzungen durchzusetzen. So betreffen in Deutschland etwa ein Drittel aller Konsolidierungsmaßnahmen sozialstaatliche Reformen und auch in Großbritannien machen sie über ein Fünftel des Pakets aus. Während die nationalen Ausmaße verschieden ausfallen, so zeichnet sich ein Rückzug von staatlichen Leistungen und eine Wende hin zu individuellen Zuzahlungen und zur Risikovorsorge ab. Neben Kürzungen im Gesundheitsbereich sind auch die Leistungen anderer sozialstaatlicher Bereiche zurückgefahren worden“ (vgl. Heise/Lierse 2011, 32ff).

Die Auswirkungen sind vor allem für jene dramatisch, die in der gesellschaftlichen Hierarchie ohnehin ganz unten stehen. Ganz konkret zeigte sich das auch an der Art und Weise, wie im veröffentlichten Diskurs die Finanz- und Wirtschaftskrise dargestellt wird. „Die Krise ist männlich“, hieß es, weil vorwiegend Industriearbeitsplätze abgebaut wurden. Ausgeblendet bleibt die „weibliche Seite“ der Krise. Die Folgen hoher und anhaltender Arbeitslosigkeit sind sinkende Kaufkraft und damit verbunden Kündigungen oder Stundenreduktionen im Handel- bzw. im Dienstleistungssektor. Männliche Arbeitsplätze konnten 2009 durch Kurzarbeitsmodelle etwas abgesichert werden, aber für Frauen in betroffenen Branchen galt das nicht. Von den insgesamt insgesamt 137,5 Millionen Euro, mit dem das Arbeitsmarktservice Österreich die Kurzarbeit in den Jahren 2008 und 2009 stützte, wurden (nach Auskunft des AMS OÖ) in einer Geschlechterstatistik 16% der Mittel für Frauen, aber 84% für Männer verwendet. Frauen arbeiten als Teilzeitkräfte in Kleinst- und Kleinbetrieben. Sie gehen dort nicht in Kurzarbeit und ihr Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe liegt

durchwegs unter der Armutsgrenze. Während 2011 bei den Männern die Arbeitslosigkeit generell sank, ging sie bei Frauen nur leicht und langsamer zurück. In Wien beispielsweise, der Stadt mit dem größten Dienstleistungssektor, stieg die Frauenarbeitslosigkeit stark an. Im Vergleich zum Vorjahr waren im Juni 2011 insgesamt 10 Prozent mehr Frauen arbeitslos. Dieser starke Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit fand kaum einen Niederschlag im öffentlichen Diskurs.

Die deutsche Soziologin Christa Wichterich weist außerdem auf eine weibliche „Pufferwirkung“ hin, weil Frauen in Krisen als „soziale Airbags“ gefragt sind, „die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit ehrenamtlicher Arbeit oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern“ (Wichterich 2009, 25). Wenn Frauen wieder vermehrt durch Eigenleistung ein sinkendes Haushaltseinkommen ausgleichen müssen, wirkt sich das merklich auf ihre beruflichen Chancen und Teilhabemöglichkeiten im öffentlichen Leben aus. Diese Auswirkung der Krise wird selten besprochen.

Weitgehend unerwähnt im veröffentlichten Diskurs bleibt auch, was Budgetkonsolidierungen, öffentliche Sparprogramme und Verwaltungsreformen für die weibliche Bevölkerung bedeuten. Sparbudgets im Bund, in Ländern und Gemeinden treffen im besonderen Maße Frauen, weil viel weniger Geld für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur ausgegeben wird. Sie sind mehr auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Werden Linien eingestellt, sind Frauen weniger mobil. Soziale Dienste, die Gemeinden anbieten, entlasten Frauen. Wird hier gespart, müssen sie einspringen und den Mangel durch Eigenleistung ausgleichen. Öffentliches Sparen heißt, es gibt in der Gemeinde keine (weiteren) Tagespflegeplätze, keine (zusätzlichen) Kinderkrippen. Man spart auf Kosten der Frauen.

Sozialleistungen sollen wieder einmal durchleuchtet und auf ihre „Treffsicherheit“ und „Leistungsgerechtigkeit“ überprüft werden. Die Abschaffung des erhöhten Karenzgeldes für Alleinerzieherinnen in den 1990er Jahren war die Folge einer entsprechenden Diskussion über Treffsicherheit und Sozialmissbrauch. Alleinerzieherinnen wurden indirekt gezwungen, den Behörden den Namen des Kindesvaters zu nennen, wenn sie Unterstützung beantragten. Außerdem wurde das erhöhte Karenzgeld eine rückzahlungspflichtige Leistung. Bei entsprechender Einkommenshöhe muss später der Zuschuss zurückgezahlt werden. Was ursprünglich als materielle Garantie für Eigenständigkeit von Alleinerzieherinnen gedacht war (erhöhtes Karenzgeld gekoppelt mit Sondernotstandshilfe ermöglichte Alleinerzieherinnen ein gewisses „Mindesteinkommen“), wurde ausgehebelt. Frauen, die, aus welchen Gründen auch immer, den Namen des Kindesvaters nicht nennen wollen oder können, soll zumindest ökonomisch ihre Unabhängigkeit erschwert werden (vgl. Mairhuber 1999). Was als sozialer Anspruch und Bürgerrecht gedacht ist, soll durch Bedürftigkeit und Fürsorge ersetzt werden und am Ende steht die Ausdünnung sozialer Sicherungssysteme, auf die Frauen besonders angewiesen sind: als Dienstnehmerinnen im öffentlichen Dienst, im Gesundheits- und Pflegebereich oder eben durch staatliche Unterstützungsleistungen (vgl. Biesecker et al 2009). Die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung wird ins Visier genommen und damit auch das, was Eva Kreisky „Geschlechterreformschneise“ (ebd. 2001) nennt. Diese Schneise soll durch Sozialabbau wieder geschlossen werden. Erwähnt sei gerade deswegen die Tatsache, dass der Sozialstaat ein wirksames und nachweisbares Mittel gegen Armut ist. Ohne den Einsatz von Sozialpolitik wäre fast jede/r Vierte armutsgefährdet. Das

Sozialsystem halbiert das Armutsrisiko insgesamt auf zwölf Prozent (vgl. Arbeiterkammer 2009).

5. Zukünftige Herausforderungen

Anhand der drei Kontexte wird eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung sichtbar, deren Grundtendenz das Delegieren von Verantwortung an die Individuen darstellt. Egal ob Arbeitszeit, Entlohnung, Verteilung von Hausarbeit oder Betreuungspflichten – wir sind zunehmend aufgefordert diese Bereiche selbst zu organisieren und auszuhandeln. Unterstützt wird die Entwicklung durch den sukzessiven Rückzug des Staates, den Bedeutungsverlust kollektiver Regelungen und Orientierungshilfen, aber auch von einem allgemeinen Diskurs, welcher von einem Dogma des Individuums geprägt ist. Sichtbar wird das unter anderem an einer Rhetorik der Gleichheit, die suggeriert „Jede kann es schaffen, wenn sie will“, oder an einer Frauen- und Gleichstellungspolitik, die darauf abzielt, dass jede Frau selbst verantwortlich ist für den Fortschritt der Gleichberechtigung. In diesem Weltbild ist Frau selbst für das Gelingen – aber auch Scheitern – verantwortlich.

Diese Entwicklungen stellen Frauen- und Gleichstellungspolitik vor neue Herausforderungen. Im Hinblick auf die Generation junger Frauen geht es darum, politische Handlungsformen zu entwickeln, die es ermöglichen, individuelle Ungleichheiten kollektiv zu verorten, um daraus kollektive Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Feministische Politik ist gefordert, die Rhetorik der Gleichheit zu entzaubern und gleichzeitig für junge Frauen Möglichkeiten zu schaffen sich einzubringen, mitzubestimmen. Aber nicht nur in dieser Hinsicht braucht es einen öffentlichen Diskurs. Auch die „alte“ Frage der Verteilung von Reproduktionsarbeit muss wieder auf die politische Tagesordnung. Dafür braucht es einen breiteren Zugang, der das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und anderen Tätigkeiten insgesamt in den Blick nimmt und sich damit auseinandersetzt, wie in einer emanzipatorischen Gesellschaft Arbeit organisiert und neu gestaltet werden kann. Die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit hat nichts an Bedeutung eingebüßt, ist aber ohne Veränderung bestehender Geschlechterverhältnisse nicht ausreichend. Die herrschenden politischen Antworten auf die Wirtschaftskrise machen deutlich, in welche Richtung es gehen kann/wird, wenn von Frauen erkämpfte Errungenschaften systematisch wieder zurück genommen und abgebaut werden. Dem entgegen steht unser Konzept von Feminismus als Ermächtigung der Frauen, als unteilbares Recht auf eigenständige Lebensführung. Die vielfältigen Lebenswege, für die sich Frauen heute entscheiden wollen, müssen sie auch gehen können, ob mit oder ohne PartnerIn, mit oder ohne Kinder, in jungen Jahren wie im Alter, ob als Hier-Geborene oder Zugewanderte. Ein unabhängiges Leben muss möglich sein und darf für Frauen nicht bedeuten, dass sie immer nur „einen Mann weit von der Armut entfernt“ sind. Das verlangt einen Umbau bei allen sozialen Sicherungssystemen. Arbeitslosen- und Notstandshilfe, Mindestsicherung oder Pensionsleistungen müssen sich an der Eigenständigkeit und nicht an (von Ehemännern) abgeleiteten Ansprüchen orientieren. Wer will, dass Armut nicht mehr weiblich ist, muss Selbständigkeit und nicht das „Ernährermodell“ und die „Versorgungsehe“ ins Zentrum stellen. Harte Auseinandersetzungen werden notwendig sein, um weiter als nur einen Schritt vorwärts zu kommen.

Literaturverzeichnis:

- Allmendinger, Jutta et.al. 2009. *Frauen auf dem Sprung. Die Brigitte Studie 2009*. München: Pantheon-Verlag.
- Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim. 1990. *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Biesecker, Adelheit, Gabriele Michalitsch und Sabine Reiner et.al. 2009. *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst (Hrsg.). 2007. *Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden*. Bundesanstalt Statistik Österreich. Wien. Verfügbar unter: www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=26402 (Stand: 27.8.11).
- Fach, Wolfgang. 2000. Staatskörperkultur. Ein Traktat über den „schlanken Staat“. In: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, hrsg. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke. 110-130. Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Franks, Suzanne. 1999. *Das Märchen von der Gleichheit. Frauen, Männer und die Zukunft der Arbeit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Geissler, Birgit und Mechthild Oechsle. 2000. Die Modernisierung weiblicher Lebenslagen. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu der Wochenzeitung „Das Parlament“*. 28/7: 11-17.
- Heise, Arne und Hanna Lierse. 2011. *Haushaltskonsolidierung und das Europäische Sozialmodell Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme*. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07890.pdf> (Stand 27.08.11).
- Holland-Cunz, Barbara. 2003. *Die alte neue Frauenfrage*. Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ (Hrsg.). 2011. *Frauenmonitor 2011. Die Lage der Frauen in Oberösterreich*. Linz.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ. 2009. *Daten & Fakten – der Sozialstaat wirkt!* Verfügbar unter: http://www.arbeiterkammer.com/bilder/d112/DuF_Umverteilung_Sozialstaat_Dez2009.pdf. (Stand: 16.09.2011)
- Kreisky, Eva. 2001. *Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinität*. Verfügbar unter: http://evakreisky.at/onlinetexte/globalismus_kreisky.php (Stand: 16.01.10).
- Lutz, Helma. 2007. "Die 24-Stunden-Polin" – Eine intersektionelle Analyse transnationaler Dienstleistungen. In: *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, hrsg. Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer. 210-234. Frankfurt a.M: Campus-Verlag.
- Lutz, Helma. 2010. Unsichtbar und unproduktiv. Haushaltsarbeit und Care Work – die Rückseite der Arbeitsgesellschaft. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 35(2):23–37
- Mairhuber, Ingrid und Ulrike Papouschek. 2010. Frauenerwerbsarbeit in Österreich. Brüche und Kontinuitäten einer begrenzten Integration seit Mitte der 90er-Jahre. In: *Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008*, hrsg. Bundeskanzleramt Österreich, Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst. 427–464. Wien.
- Mairhuber, Ingrid. 1999. Geschlechterpolitik im Sozialstaat Österreich seit Anfang der 80er

- Jahre. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1: 35-47.
- MAIZ. 2004. *Österreichbericht im Rahmen des EU-Projekts "Hausarbeit und Pflege: Strategien der Vereinbarkeit in unterschiedlichen Haushalten unter Berücksichtigung von Gender, Klasse und Ethnizität*. Verfügbar unter: http://www.maiz.at/fileadmin/maiz/pdf_uploads/Bericht_a_Hausarbeit.pdf. (Stand: 18.10.2009)
- Picker, Ruth und Eva Zeglovits. 2004. *Frauenstudie 2004: Junge Frauen in Österreich*. Wien: Institut SORA.
- Sauer, Birgit. 2009. Gleichstellungspolitik und neoliberaler Staatsumbau. Chancen und Restriktionen. In: *Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz*, hrsg. Erna Appelt, 43-56. Innsbruck: Studienverlag.
- Sozialdemokratische Frauen Oberösterreich. 2007-2008. Studie zur Frauenpolitik im ländlichen Raum. Linz. (Nicht publiziert).
- Steger-Mauerhofer, Hildegard. 2007. *Halbe/halbe! Utopie Geschlechterdemokratie? Zur partnerschaftlichen Teilung der Versorgungsarbeit in Österreich*. Wien: Milena Verlag.
- Thon, Christine. 2008. *Frauenbewegung im Wandel der Generationen: Eine Studie über Geschlechterkonstruktionen in biographischen Erzählungen*. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Villa, Paula-Irene. 2003. Woran erkennen wir eine Feministin? Polemische und programmatische Gedanken zur Politisierung von Erfahrungen. In: *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*, hrsg. Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer. 266-285. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wetterer, Angelika. 2003. Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössische Differenzwissen. In: *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*, hrsg. Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer. 286-319. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wichterich, Christa. 2009. Frauen als soziale Air Bags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. *Lunapark21* 6: 22-25.
- Wirtschaftskammer Österreich. 2010. Lehrlingsstatistik. Verfügbar unter <http://wko.at/statistik/jahrbuch/Lehrling6.pdf> (Stand 12.09.11)